

Cláudio Hummes

Kirche inmitten des Volkes in einem armen Land

Zur Situation der Kirche in Brasilien

Um die pastorale Aktion der Kirche in Brasilien heute zu verstehen, als Kirche inmitten des Volkes in einem armen Land, muß man daran erinnern, was das Zweite Vatikanum und die lateinamerikanischen Bischofsversammlungen von Medellin und Puebla bedeutet haben und worin die wirtschaftliche, soziale und politische Lage des brasilianischen Volkes besteht.

Wenn wir die Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils erfassen wollen, ist es gut, in die Geschichte zurückzublicken, bis zu den Konflikten, die nach dem Ende des Mittelalters die Beziehungen der Kirche mit der modernen Welt kennzeichneten. Es handelt sich um die Konflikte zwischen der Kirche, die erbittert war, weil sie die Oberherrschaft und Kontrolle der Gesellschaft, die sie im Mittelalter besaß, verloren hatte, und der im Entstehen begriffenen bürgerlichen und laikalen Gesellschaft der modernen Welt, die sich von der mittelalterlichen Vormundschaft der Kirche befreite, um eigene kulturelle und politische Wege zu suchen. Diese Konflikte erreichten ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte des letzten und in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, in der „Modernismuskrise“ zur Zeit des Papstes Pius X. und in einer pastoralen Praxis, die aus der Kirche eine parallele und konkurrierende Einrichtung der Institutionen der modernen zivilen Gesellschaft machte, die als profan und laikal betrachtet wurde. Es war eine Kirche, die sich weigerte, die Autonomie der modernen Welt anzuerkennen; mehr noch, sie verurteilte die moderne Welt, mit der sie als Institution konkurrierte.

Diese pastorale Praxis einer der Welt parallelen und mit ihr in Konkurrenz stehenden Kirche führte zur Bildung der „Werke“ der Kirche in Pfarreien und Diözesen. Im Rahmen dieser pastoralen Ansicht entstanden die Konfessionsschulen, die katholische Presse, die katholischen Vereinigungen aller Art für Studenten, Künstler, Landarbeiter, bis man auch christliche Gewerkschaften und christliche Parteien gründete. All diese katholischen Organisationen waren stark an die Hierarchie gebunden und ihr untergeordnet, so daß ihre Laienmitglieder im Grund nur die Entscheidungen der Hierarchie ausführten.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat verstanden, daß es dies ändern mußte. Die Kirche durfte nicht weiterhin eine Institution parallel zur Welt oder im Gegenüber zu ihr darstellen. Christus ist nicht gekommen, um die Welt zu verurteilen, sondern um sie zu retten. Von der Kirche verlangte man dasselbe. Sie mußte wie

der Samen in der Masse und nicht außerhalb der Masse sein. Deshalb war es nötig, daß sie sich der Welt und ihrer Geschichte anschloß.

Sicherlich, die Kirche im Mittelalter war tief in der Gesellschaft verwurzelt und sogar zum Großteil mit der Gesellschaft identisch. Die Kirche besaß aber eine Machtstellung und trat mit einem Herrschaftsanspruch auf. Das Zweite Vatikanische Konzil wollte dieses Modell nicht übernehmen. Es wollte vielmehr zum Evangelium und zu den apostolischen Zeiten zurückkehren; die Kirche sollte sich als Volk Gottes in die Welt begeben und an der Geschichte der Welt teilnehmen, nicht in Positionen von Herrschaft und Macht oder Hand in Hand mit der herrschenden Klasse der Gesellschaft, sondern als dienende Kirche, die ihre Aufgabe erfüllt, das Evangelium den Armen zu verkünden. Daher die Diskussion um die dienende Kirche und die Kirche der Armen.

Um die Orientierungen des Zweiten Vatikanums in Lateinamerika zu verwirklichen, versammelten sich die lateinamerikanischen Bischöfe zuerst in Medellín (1968) und zehn Jahre später in Puebla (1979). In Medellín betonte man vor allem, daß die lateinamerikanische Gesellschaft auf dem Boden einer *institutionalisierten Ungerechtigkeit* gegründet war: auf der einen Seite eine kleine Minderheit von Reichen als herrschende und ausbeutende Klasse, auf der anderen Seite die großen Volksmassen in menschenunwürdiger Armut und Marginalisierung. Man kam zum Schluß, daß es Aufgabe der Kirche sein müsse, diese Situation prophetisch anzuklagen. Nach Medellín vertiefte die Kirche in Lateinamerika ihre prophetische Mission. Zugleich gab sie den Anlaß für neue Formen der Pastoral, vor allem die kirchlichen Basisgemeinden: Sie wollte die Armen organisieren, damit sie sich von der institutionalisierten Ungerechtigkeit befreien können. In Puebla (1979) übernahmen die Bischöfe diese neuen Praktiken als Norm für die ganze Kirche in Lateinamerika in einem Dokument, das nach erfolgter Überarbeitung von Papst Johannes Paul II. selbst genehmigt wurde. In diesem Text drücken die Bischöfe ihre vorrangige Option für die Armen aus.

Zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage des brasilianischen Volkes genügt es vorerst zu sagen, daß in Brasilien das kapitalistische Wirtschaftssystem in Form eines wilden Kapitalismus herrscht. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung entfaltet sich seit 1956 im Zusammenhang mit der Internationalisierung des Kapitals, dessen Hauptmerkmal die Verbindung der internationalen wirtschaftlichen Gruppen mit örtlichen Gruppen und dem Staat darstellt. Das Land wurde immer mehr von fremdem Kapital abhängig. Die Folge war eine wachsende Ausbeutung der Volksmassen, die an den Rand der Gesellschaft geschoben wurden und in zunehmender Armut leben.

Die Kirche in Brasilien will sich deshalb als eine Kirche der Armen verstehen. Die Armen stellen die Mehrheit des Volkes dar, und die Armut herrscht besonders unter den Stadt- und Landarbeitern, den Indianern und allen am Rand der Gesellschaft Lebenden. Sie werden durch die ungerechten gesellschaftlichen

Strukturen zur Armut gezwungen und nicht durch persönliche Unfähigkeit. Ihre Armut ist strukturell bedingt, sie ist nicht einfach vorübergehend oder persönlich.

Die Indianer

Als Brasilien im Jahr 1500 entdeckt wurde, gab es nach aktuellen Berechnungen mehrere Millionen Indianer. Sie lebten in verschiedenen Stämmen und sprachen 300 verschiedene Dialekte. Seit ihrer Entdeckung wurden sie Opfer der von Weißen eingeschleppten Krankheiten, der Sklaverei, der Kriege, der Gier der Weißen auf das Land und die Bodenschätze der Indianer. So wurden die Indianer immer mehr ins Innere von Brasilien, auf immer kleinere Gebiete zurückgedrängt. Sie wurden systematisch verfolgt und getötet, und bald waren sie in ganz Brasilien auf 200 000 reduziert. Der Zerfall, das Beiseite-geschoben-Werden, die Zerstörung und der Tod sind auch heute noch das tragische Schicksal unserer Indianer, das Resultat des jetzigen wilden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dieses System stimuliert und begünstigt die tragische Konzentration des Vermögens und des Landes in den Händen einer Minderheit, der Großgrundbesitzer und der Ausbeuter der Erzvorkommen. Die schon reduzierten Indianerreservate werden dadurch immer mehr verwüstet, aufgeteilt und zerstückelt.

Die katholische Kirche in Brasilien beschloß, durch ihre Missionare in den Prälaturen und Diözesen der Indianergebiete, besonders aber durch den Missionarischen Indianerrat (Conselho Indigenista Missionario, CIMI), die Indianer zu verteidigen. Sie wurde sich der großen Ungerechtigkeit, deren Opfer die Indianer sind, bewußt. Die Bewegung kämpft für die Sache der Indianer und legt im Dokument „Y-Juca-Pirama“ (Der Indianer, der sterben soll, 1973) ihre theologisch-politische Einstellung dar:

„Wir akzeptieren nicht, Instrument des kapitalistischen Systems zu werden. Wir werden nicht mit denen zusammenarbeiten, die danach streben, die Indianer anzulocken, sie ‚zufriedenzustellen‘ und sie zu beruhigen, um auf diese Weise den Vormarsch der Großgrundbesitzer und Erzausbeuter etc. zu ermöglichen. Im Gegenteil: Diese Handlungsweise wird Gegenstand unserer mutigen Anklage auf der Seite der Indianer sein. Wir werden diese ‚Integration‘ nicht annehmen, die sie nur zur billigen Arbeitskraft verwandeln will, die die Randgruppen der Gesellschaft vergrößert und die durch das Produktionssystem Reiche noch mehr bereichert... Nur durch einen Inkarnationsprozeß unter den Indianervölkern, wenn ihre Kultur, ihre Lebensweise und Denkart angenommen wird, kann auf überzeugende Art und Weise die Transzendenz des Evangeliums gezeigt werden.“

Auf der Nationalversammlung der Indianerpastoral (1975) legte die CIMI folgendes Aktionsprogramm vor: Unterstützung der Indianervölker bei der Rückgewinnung ihres Landes und Gewährleistung ihres Besitzes; Anerkennung und Unterstützung des Rechts der Indianervölker, gemäß ihrer Kultur zu leben, ihre Entwicklung und ihr Leben selbst zu bestimmen; Erforschung und Neubewertung des Zusammenlebens mit den Indianervölkern; Annahme ihrer Kultur

und Sich-zu-eigen-Machen ihrer Sache mit allen Folgen; Überwindung unserer ethnozentrischen und kolonialistischen Formen, bis die Indianer uns als ihresgleichen anerkennen. Heute ist die CIMI in ganz Brasilien und im Ausland als eine Institution bekannt, die den Indianern hilft, ihre Ziele zu erreichen, und die bedeutende Erfolge aufweist.

Nicht nur die katholische Kirche, sondern auch andere christliche Kirchen, die Indianermissionen gegründet haben, verpflichteten sich, zugunsten der Ziele der Indianer zu arbeiten. So trafen sich im Jahr 1979 Missionare der evangelisch-methodistischen Kirche, der evangelisch-lutherischen Kirche und des Nationalverbands der presbyterianischen Kirchen. Im Schlußdokument wurde erklärt: „Wir treten entschieden für eine Abgrenzung der Länder der Indianer ein, wobei auf die Rückgabe der besetzten Länder und auf menschlichere Lebensbedingungen geachtet werden muß. Wir appellieren an das Nationalgewissen, die Indianervölker als freie Brüder und Protagonisten ihres Schicksals anzuerkennen.“

Die Landarbeiter

Bei der Generalversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) im Jahr 1981 verabschiedeten die Bischöfe das Dokument „Kirche und Landprobleme“, das deutlich die ungerechte Lage im landwirtschaftlichen Bereich zeigt.

„Die 1975 im landwirtschaftlichen Sektor durchgeführte Statistik zeigt, daß 52,3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über weniger als 10 Hektar verfügen, was 2,8 Prozent des gesamten Grundbesitzes entspricht. 0,8 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen dagegen über mehr als 1000 Hektar (42,6 Prozent des Gesamtgebiets)“ (Nr. 8). „Für eine wachsende Zahl von Landwirten wird der Landbesitz unerreichbar, da sie das Land benötigen, um zu arbeiten, und nicht, um damit zu handeln“ (Nr. 9). „Die offiziellen Zählungen schließen die Landarbeiter, die kein Land besitzen und nur ständige oder zeitweilige Lohnempfänger sind, nicht ein, obwohl sie die Verantwortlichen in den landwirtschaftlichen Betrieben sind“ (Nr. 12). Außerdem muß man die Millionen Menschen berücksichtigen, die das Land verlassen mußten, sei es eigenes, gepachtetes oder besetztes Land. Zwischen 1950 und 1970 sank die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft für Lohnempfänger und untergeordnete Mitarbeiter um zirka 1,5 Millionen.

Das Dokument zeigt, wie die Politik mit steuerlichen Anreizen die Interessen der großen Wirtschaftsgruppen begünstigt und damit zum Wachstum der Industrie auf Kosten der traditionellen Landwirtschaft beiträgt. Einerseits erfolgt dadurch die rasche und äußerst ungerechte Konzentrierung des Landes in der Hand der Reichen und andererseits die erzwungene Verbannung oder das spontane Verlassen des Landes von Millionen von Landarbeitern, Lohnempfängern und Kleinbauern. So wandern Millionen von Landarbeitern in die Städte „auf der Suche nach einer Arbeitsmöglichkeit. Sie vergrößern die Masse, die abseits, in unmenschlicher Weise in den Armenvierteln, auf besetzten Grundstücken, in Gemeinschaftswohnungen sowie in Schuppen bei Baustellen lebt“ (Nr. 26).

Außerdem „kommt es in fast allen brasilianischen Bundesstaaten zu Spannungen. Große nationale und multinationale Industrien, reiche Landbesitzer (grileiros) und Farmer auf der einen Seite, Landbewohner (posseiros) und Indianer auf der anderen. Gegen letztere wird Gewalt aller Art angewandt, um sie vom Land zu vertreiben. Es ist weitgehend bewiesen, daß in diese Gewaltakte Pistolenschützen, Polizeikräfte, Gerichtsvollzieher und sogar Richter verwickelt sind. Oft beobachtet man auch ungesetzliche Abmachungen zwischen Polizisten und Pistolenschützen (jaguncos), die Gewalt anwenden, um die Landarbeiter und Indianer zu vertreiben“ (Nr. 28).

Das Dokument weist auf die Gründe der Verletzungen der Rechte der Landarbeiter hin: „Das unkontrollierte Gewinnstreben führt dazu, daß die Güter, die vorher von vielen produziert wurden, sich nun in der Hand von wenigen befinden. Es konzentrieren sich Vermögen, Kapital, Landbesitz und politische Macht. Die Ungleichheit wird beschleunigt auf Grund der Ausbeutung der Arbeit und der sozialen und politischen Marginalisierung des größten

Teils des Volkes. Wir stehen vor einem weitreichenden Enteignungsprozeß der Bauern, der von bestimmten Wirtschaftsgruppen verursacht wird. Leider stützt sich die Politik der Regierung – in bezug auf die Landproblematik – auf eine Art Sozialentwicklung, die mit einer humanistischen und christlichen Auffassung nicht vereinbar ist. Man kann nicht befürworten, daß wirtschaftlichen Zielen, selbst in einer bestimmten Entwicklungsphase, menschliche Grundbedürfnisse und Grundwerte geopfert werden“ (Nr. 38–40).

Um eine gerechte Lösung zu finden, schlagen die Bischöfe in ihrem Dokument eine wichtige Unterscheidung zwischen *Ausbeutungs- oder Spekulationsland* (terra de exploração) und *bearbeitetem Eigentumsland* vor. Diese Unterscheidung ist bereits im Bewußtsein des Volkes verankert.

Das Kapital eignet sich das „*Spekulationsland*“ an, um ständig zu wachsen und immer mehr Gewinn zu erzielen. Der Gewinn kann auf der Ausbeutung derjenigen beruhen, die Land und Arbeitswerkzeuge verloren haben, von denjenigen, die nie Zugang dazu hatten, oder auf Spekulationen, die die Bereicherung einiger auf Kosten der ganzen Gesellschaft ermöglichen. Auf dem „*bearbeiteten Eigentumsland*“ arbeiten nur diejenigen, die es besitzen. Spekulation und Ausbeutung anderer ist hier nicht möglich. Die Bischöfe schließen eine dritte Art Landbesitz nicht aus und nennen es „*Produktionsland*“. Man versteht darunter einen Landbesitz, der Arbeiter erfordert, deren Rechte jedoch geachtet werden, auf Grund der Forderungen der Soziallehre der Kirche (Nr. 83).

So „ist es angebracht, zwischen kapitalistischem und privatem Landbesitz zu unterscheiden. Während der kapitalistische Landbesitz ein Ausbeutungsinstrument der Arbeit Fremder bedeutet, ist der private Landbesitz das Arbeitsinstrument des Arbeiters und seiner Familie oder das des Besitzers, der es mit der Hilfe einer bezahlten Arbeitskraft bebaut. Diese Art von Besitz erfüllt einen sozialen Zweck und beachtet die grundlegenden Rechte der Arbeiter“ (Nr. 89).

Aus diesen Gründen verpflichten sich die Bischöfe: öffentlich bekannte ungerichte Situationen und Gewalttaten zu enthüllen; die gerechten Initiativen und Institutionen der Arbeiter zu unterstützen, indem sie Kräfte und Mittel in deren Dienst stellen; den Arbeiterorganisationen zu helfen, die die Anwendung und/oder Neuformulierung der bestehenden Gesetze sowie Reform der Agrar-, Arbeits- und Pensionspolitik fordern, die den Bestrebungen der Bevölkerung entgegenkommt; sowohl den Kapitalismus wie das marxistische Kollektivsystem zu verurteilen (Nr. 96, 97, 99, 101).

Dabei will die Kirche eine Haltung des Dienstes und nicht der Führung beibehalten: „Unsere Pastoralitätigkeit, bei der darauf geachtet wird, daß nicht die Initiativen des Volkes ersetzt werden, wird die bewußte Teilnahme und die Kritik der Arbeiter in den Gewerkschaften, Vereinigungen, Kommissionen etc. anregen, damit sie wirklich eigenständige und freie Organisationen sind, die ihre Interessen vertreten und die Forderungen ihrer Mitglieder und der Gesellschaft koordinieren“ (Nr. 98).

1975 wurde die Pastorkommission für das Landproblem (Comissao de Pastoral da Terra, CPT) gegründet. Ihre Hauptziele sind:

- Kontakte unter denjenigen herzustellen, die zusammen mit der Landbevölkerung arbeiten, ihnen Hilfe zu leisten und sie zu dynamisieren, damit die Kirche tatsächlich ein Zeichen der Frohen Botschaft, der Befreiung durch Jesus Christus ist.
- Die Bestrebungen der Landarbeiterklasse anzunehmen; mitzuwirken, daß sie ihre Rechte durch Veränderung der sozialen Strukturen erhalten, um so Gerechtigkeit zu verwirklichen.
- Die selbständige Organisation der Landarbeiter anzuspornen und eine Verbindung zwischen ihren Kämpfen und Erfahrungen und denen anderer Volksgruppen herzustellen.
- Den Landarbeitern zu helfen, christlichen Glauben und christliches Leben in ihren Kämpfen, Fortschritten und Mißerfolgen zu artikulieren, um die integrale Befreiung zu erreichen, die im Dokument von Puebla genannt wird.
- Immer *mit* den Landarbeitern zu arbeiten, niemals von oben nach unten.

Heute ist die Pastorkommission für Landprobleme in ganz Brasilien verbreitet. Bei den Landarbeitern hat sie großen Anklang gefunden. Bei den Farmern und Großgrundbesitzern stieß sie auf Widerstand und Ablehnung. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Pastoral für Landprobleme ein unleugbarer Beweis der „Option für die Armen“ in den ländlichen Gebieten bedeutet.

Die Arbeiter in der Stadt

Seit 1964 (dem Jahr der sogenannten Brasilianischen Revolution) hat die brasilianische Regierung ein Programm zur wirtschaftlichen Modernisierung aufgestellt. Die Folgen waren ein rigoroser Lohnstopp und von Jahr zu Jahr sinkende Reallöhne. So haben die Mindestlöhne von 1964 bis 1979 37 Prozent ihres Wertes verloren.

Dies kam den einheimischen Investoren wie den internationalen Gruppen zugute; den Unternehmen wurden Supergewinne, leichte Kreditbeschaffung und Steuerbegünstigungen ermöglicht, wodurch außergewöhnlich gute Bedingungen für die Aufwertung ihres Kapitals geschaffen wurden. Die Struktur des Landes änderte sich sehr, die Städte wuchsen, die Reichen wurden reicher, die Mittelklasse mußte den Gürtel enger schnallen und die Armen wurden ärmer.

In Brasilien gibt es keine Freiheit und Autonomie der Gewerkschaften. Sie wurden vom Arbeitsministerium gegründet und werden von ihm kontrolliert. Um die Unternehmen zu stärken, griff die Regierung in die Gewerkschaften ein, um Reaktionen der Gewerkschaften und der Arbeiter zu verhindern. Bereits seit 1965 wehren sich die Gewerkschaften und Arbeiter jedoch gegen die Auflagen der Regierung. Die Ministerialbehörden behaupten jedoch ständig, daß die Forderungen der Arbeiter der Grund der wachsenden Inflation seien und die Regierung nur

deshalb den Protesten nicht nachkomme. Außerdem schob sie den kleinen, linken Gruppen die Schuld am Klima der Unzufriedenheit zu.

Infolge der immer unsicherer werdenden Verhältnisse verstärkte sich die Mobilisierung der Arbeiter und wuchs die Opposition gegen die Regierung. Zuerst wurden von den Gewerkschaftlern alle denkbaren legalen Hilfsmittel benutzt. Die zuständigen öffentlichen Stellen erhielten in zunehmendem Maß Berichte, die die Lage der Arbeiter schilderten. Die Behörden zeigten sich jedoch unbeugsam. Anstatt auf den erhofften Dialog einzugehen, drohten sie, und bald kam es zu Verhaftungen. In den Jahren 1968 bis 1973 wurden die Arbeiter immer mehr verfolgt. Selbst nach der sogenannten „politischen Öffnung“ durch den jetzigen Präsidenten geht die Unterdrückung der Arbeiter weiter, ebenso die Eingriffe in die Gewerkschaften, die Entlassungen, die Prozesse gegen rechtmäßig gewählte Gewerkschaftsvorsitzende, die lediglich Streiks, die die Arbeiter befürwortet hatten, leiteten, und deren Verurteilung.

Um den Wertverlust der in den letzten Jahren ausgezahlten Löhne zu kompensieren, begann man, *Überstunden*, die über die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden hinausgehen, einzulegen. Es gibt Betriebe, die unter Androhung der Entlassung zur Übernahme von Überstunden zwingen. Ein Teil der Arbeiter bittet jedoch darum, Überstunden leisten zu dürfen, um mehr zu verdienen. Nicht selten gibt es Arbeiter, die wöchentlich 65 Stunden und mehr arbeiten.

Ständig steigt die Zahl der Fabriken, die mit drei Schichten in 24 Stunden, rund um die Uhr, arbeiten. Außerdem wird auch die *Nachtschicht* für Frauen immer häufiger, obwohl dies gesetzlich verboten ist.

Zahllose *Arbeitsunfälle* werden durch Übermüdung (eine Folge der Überstunden) und mangelnde Sicherheit am Arbeitsplatz in vielen Firmen provoziert. Brasilien gehört bereits zu den Ländern mit den höchsten Quoten an Arbeitsunfällen (zwei Millionen registrierte Arbeitsunfälle pro Jahr).

Der Kontrast zwischen den Löhnen und den ständig steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem den Mietpreisen, führte zu einem unglaublichen Anwachsen der Barackensiedlungen (*Favelas*). Charakteristisch für sie ist das völlige Ausbleiben der Urbanisierung, d. h. die fehlende Grundsanierung und ein Minimum an hygienischen Bedingungen. In aller Welt berühmt sind die großen Favelas von Rio de Janeiro. Weniger bekannt ist jedoch, daß in den Vororten des größten Industriezentrums von Lateinamerika, in „Groß-São-Paolo“, das heißt zum Beispiel in São Paolo, im sogenannten ABC-Gebiet, Carulhos und Osasco die Zahl der Favelas in erschreckendem Maß ansteigt. Im ABC-Gebiet begann das schwindelerregende Wachsen der Favelas 1972/73, in den Jahren des „brasilianischen Wirtschaftswunders“ also. 1964 gab es dort nur vier Favelas, in den ersten drei Monaten des Jahres 1978 bereits 123, und in der zweiten Hälfte des Jahres 1979 waren es schon 185 Favelas mit 220 000 Bewohnern. In Brasilien gibt es zur Zeit mehr als drei Millionen Favelabewohner. Und die Zahl steigt weiterhin.

Im Gegensatz zu der ungerechten Lage der Arbeiterbevölkerung ist in den letzten Jahren eine enorme *Steigerung der industriellen Produktion* zu verzeichnen, was zu großen Gewinnen führte. Dieser Reichtum wird zwar von der Arbeiterklasse erzeugt, an den Erträgen wird sie jedoch nicht beteiligt.

Die Situation der städtischen Arbeiter zeigt, daß das Grundproblem nicht die Unterentwicklung, sondern die *fehlende Gerechtigkeit* ist. Wird sie nicht verwirklicht, sind alle Maßnahmen nur billige Vertröstungen. Die schlechten materiellen Lebensbedingungen des Volkes sind ein klarer Verstoß gegen die Grundrechte des Menschen und der Familie.

Außer den schon erwähnten Verletzungen der Grundrechte sind die folgenden Verstöße noch zu erwähnen: Wie schon gesagt, gibt es in Brasilien *keine gewerkschaftliche Freiheit*. In der brasilianischen Verfassung ist das Streikrecht zwar erwähnt, aber wenn man dieses Recht praktizieren will, sieht man, daß diese Bestimmung eigentlich den Streik verbietet. Die Bedingungen zur Durchführung eines Streiks werden so erschwert, daß streiken praktisch unmöglich ist. Selbst zur Zeit der sogenannten „politischen Öffnung“ wurden Streiks sofort als illegal bezeichnet. Die Folgen waren viele Entlassungen, Verhaftungen sowie Repressionen durch die Polizei mit Verletzten und Toten.

Trotz der sogenannten „politischen Öffnung“ bedroht das „Gesetz zur Nationalen Sicherheit“ alle, die für eine gerechte Verteilung des Wohlstands und für eine Chancengleichheit eintreten. Das augenblicklich geltende „Gesetz zur Nationalen Sicherheit“ wurde nie auf demokratische Weise diskutiert und beschlossen und wird von fast allen Kreisen abgelehnt. Auch die *Unterdrückung* durch die Arbeitgeber hält an. Die Polizei wird oft gegen Arbeiter eingesetzt, die eine bessere Organisation ihrer Kollegen in Fabriken und Gewerkschaften erreichen möchten.

Die Kirche in Brasilien hat bereits mehrfach erklärt, daß sie den gerechten und friedlichen Kampf der städtischen Arbeitnehmer moralisch unterstützt. Dies wurde 1980 noch deutlicher, als die Metallarbeiter des ABC-Distrikts, der zu meiner Diözese gehört, streikten. Da ich persönlich in diesen Streik verwickelt war, möchte ich kurz schildern, wie die Kirche, d. h. die Diözese von Santo André, diesen Streik unterstützte und schließlich auch entschiedenen Rückhalt bei der Brasilianischen Bischofskonferenz fand.

Auch nach langen vergeblichen Verhandlungen mit den Unternehmern kam man zu keinem Übereinkommen mit den Metallarbeitern des ABC-Distrikts. So blieb ihnen nur der Streik, um auf ihre berechtigten Forderungen aufmerksam zu machen. Er wurde in einer Versammlung von ca. 80 000 Arbeitern beschlossen und begann am 1. April 1980. Die Regierung erklärte ihn – wie üblich – als illegal, unterdrückte ihn in härtester Weise und ohne die Gewährung einer Frist. Es kam zu Interventionen in den Gewerkschaften von seiten der Regierung, zu Amtsenthebungen von Gewerkschaftsführern, zu einem Versammlungsverbot (nicht erwähnt wurden die Versammlungen in kirchlichen Räumen), zur Verhaftung der

Gewerkschaftsvorsitzenden, zu Repressalien durch die Militärpolizei unter Einsatz von Panzerfahrzeugen und Hubschraubern des Militärs. Schlagstöcke, Maschinengewehre und Tränengas wurden sogar in einer Kirche benutzt, wo sich die Streikenden versammelt hatten. Außer den Gewerkschaftsführern wurden auch viele Arbeiter verhaftet. Auf den Straßen wurden Menschen geschlagen und vertrieben. Höhepunkt war schließlich die Anklage gegen die Gewerkschaftsvorsitzenden gemäß dem „Gesetz zur Nationalen Sicherheit“. Auch mir, als Bischof der Region, der den Streik unterstützt hatte, wurde die gleiche Anklage angedroht.

Die Kirche erklärte sich mit den Arbeitern solidarisch, weil die Forderungen der Arbeiter berechtigt waren und sie friedliche Mittel gewählt hatten. Die Unterstützung sah folgendermaßen aus:

1. Eine Stellungnahme, in der die Solidarität mit den Streikenden und die Gründe dafür erklärt wurden.

2. Bereitstellung von Räumen für Versammlungen der Arbeiter, nachdem die Gewerkschaftsgebäude von der Regierung besetzt worden waren und öffentliche Räume für Versammlungen der Metallarbeiter verboten wurden. Zunächst stellten wir die Gebäude der Pfarreien zur Verfügung, jedoch nicht die Kirchen. Sie wurden nur geöffnet, wenn das Raumangebot nicht mehr ausreichte (die Kirchen wurden auch tatsächlich benutzt, die Arbeiter verhielten sich respektvoll).

Von dem Zeitpunkt an, an dem die Intervention der Regierung in den Gewerkschaften begann, das Versammlungsverbot ausgesprochen war und die Unterdrückung der Streikenden zunahm, war ich persönlich bei fast allen Versammlungen der Metallarbeiter zugegen, um die starke Unterdrückung durch die Polizei zu mäßigen und die Arbeiter zur Gewaltlosigkeit anzuhalten. Die Streikführer propagierten von Anfang an die Gewaltlosigkeit sowohl gegen Personen als auch gegen Sachen. Meine Teilnahme an den Versammlungen hieß nicht, daß ich Gewerkschaftler geworden war, da ich in keiner Weise eine Führungsrolle übernommen hatte. Ich nahm an den Versammlungen als Hirte teil, denn ein Hirte muß dort sein, wo sein Volk ist, vor allem in Momenten des Konflikts und der sozialen Spannungen. Außerdem evangelisierten wir unter den Arbeitern und reflektierten mit ihnen, damit sie verstehen konnten, wie ihr Kampf um Gerechtigkeit mit dem Kampf Jesu Christi und dessen Ostergeheimnis verbunden war. Und die Arbeiter begannen tatsächlich, diesen Zusammenhang immer stärker in ihren Erklärungen während des Streiks auszudrücken. Es wurden Gottesdienste bei den Versammlungen der Streikenden gehalten, und es wurde gebetet – beides auf Wunsch der Arbeiter.

3. Schließlich wurden in den Pfarreien Sammelstellen für Geld und Lebensmittel errichtet, um die Familien der Streikenden zu unterstützen, die wegen des Streiks in Not geraten waren.

Dies waren die wesentlichen Dienste, die die Kirche angeboten hatte. Zum größten Teil waren sie von der Arbeiterpastoral der Diözese organisiert. Es waren aber keine selbständigen Aktionen neben den Initiativen der Metallarbeiter. Im Gegenteil: All diese Dienste wurden von den Arbeitern und ihren Führern erbeten. Die Kirche darf keine parallelen Einrichtungen zu den Organisationen und Diensten der Arbeiterklasse anbieten, vor allem nicht in Zeiten der Not. Sie soll vielmehr Diener und Sauerteig innerhalb der legitimen Organisationen und der Initiativen der Arbeiter sein. So manifestiert die Kirche auch ihren Respekt gegenüber der legitimen Autonomie der Arbeiter, indem sie die Rechte der Arbeiter auf eine Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsbedingungen verteidigt.

Folglich hat die Kirche nie den Streik geführt oder organisiert. Ganz im Gegenteil: Sie hat die Entscheidungen der Arbeiter immer respektiert und sie auch unterstützt, wenn diese den Forderungen des Evangeliums entsprachen. Die Arbeiter selbst hätten aber auch nie zugelassen, daß die Kirche die Streikführung übernimmt, denn sie sind selbst sehr gut organisiert und eigenverantwortlich.

Wichtig für die Streikenden war die Unterstützung durch den Kardinal von São Paulo, Paulo Evaristo Arns, und durch die Brasilianische Bischofskonferenz, was die Regierung sehr irritierte. In einer Presseerklärung der Bischofskonferenz hieß es:

„Die Abertausende, die von der Sozialpolitik der Regierung betroffen sind, wollen nur dort mitentscheiden, wo ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Familien direkt betroffen sind. Sie wollen nichts erzwingen, wollen nur verhandeln, denn sie haben die Unbeständigkeit einer Politik der Zugeständnisse als Antwort auf soziale Probleme durchschaut. Ihre Forderungen sind gerecht, da sie die Verwirklichung der Demokratie fordern, die nicht nur politisch realisiert werden soll, sondern auch im sozialen und ökonomischen Bereich. Und da die Forderung gerecht ist, ist es sinnlos, sich aufzuregen, wenn die Kirche die Arbeiter unterstützt.“

Auch verschiedene protestantische Kirchen nahmen in einer gemeinsamen Deklaration dazu Stellung und erklärten sich als Verteidiger der Meinungs- und Organisationsfreiheit solidarisch im Kampf um Gerechtigkeit, Gerechtigkeit in Form menschenwürdiger Lebensbedingungen, freier und voller Partizipation aller Gesellschaftsschichten an den nationalen Entscheidungen sowie der Beendigung aller staatlicher Willkür: „In Anbetracht der Situation auf dem Industriegelände von São Paulo erklären wir uns solidarisch mit den streikenden Metallarbeitern und all denen, die sich in diesem gerechten Kampf, den die Arbeiter geordnet und friedlich führen, auf deren Seite stellen.“

Die kirchlichen Basisgemeinden

Die kirchlichen Basisgemeinden, mit Recht als die „Hoffnung der Kirche“ bezeichnet, sind die wichtigsten Formen, mit denen die Kirche in Brasilien versucht, dem brasilianischen Kontext zu entsprechen, einer Gesellschaft, die auf einer „institutionalisierten Ungerechtigkeit“ beruht. Die Basisgemeinden sind kleine Basisgruppen, die sich aus Armen, aus Stadt- und Landarbeitern (die meist ungerecht behandelt werden) und aus Mitgliedern anderer sozialer Schichten zusammensetzen, die aber ganz entschieden für die Armen optieren. Die Gruppen versammeln sich im Namen ihres christlichen Glaubens, um als befreiende Kraft der Armen aufzutreten, um eine neue, freie und brüderliche Gesellschaft aufzubauen, an der alle in gerechter Weise teilhaben können. In den kirchlichen Basisgemeinden wird ein Übergang von der anonymen Masse und den individualistischen, passiven Pfarreien zu einer kleinen Gruppe verwirklicht. In den Basisgemeinden kennt sich jeder, und alle leben in Brüderlichkeit. Alle nehmen am Leben

der Gemeinde teil und sind mitverantwortlich für die Aktivitäten. Die Mitglieder hören und besprechen das Wort Gottes und versuchen, es in ihrem täglichen Leben und im sozialen Kontext anzuwenden. Als Gemeinde übernehmen sie Aktionen, um Probleme in ihrem Ortsteil, ihrer Stadt, in ihren Familien usw. zu lösen.

Auf einem Treffen kirchlicher Basisgemeinden, das im April 1981 stattfand, stellten sie das Leben des Volkes dar und zeigten das ganze Bild der Unterdrückung, die auf dem Volk lastet, und erörterten ihre Schwierigkeiten und Kämpfe. Sie berichteten von den Großgrundbesitzern, den Agrarindustrien (VW besitzt z. B. die Companhia Vale do Rio Cristalino im Amazonasgebiet mit einer pharaonischen Fläche von 140 000 Hektar), den rücksichtslosen „Landpiraten“ (grileiros), den Herrschenden, die die Landbesitzer (posseiros) und Kleinbauern meist vertreiben und ihr Land enteignen. Landarbeiter und Kleinbauern werden in die Randgebiete der Großstädte abgeschoben, wo sie die Zahl der billigen Arbeitskräfte, die Masse der Bewohner der Elendsviertel und das Kontingent der zu schlechtesten Bedingungen arbeitenden Personen noch vergrößern. Sie sprachen über das Vieh der großen Farmbesitzer, das frei auf den Äckern der Kleinbauern herumläuft, um diese zum Fortgehen zu zwingen, von Pistolenschützen, die Umzingelungen der Kleinbauern organisieren, von Polizisten, die mit und ohne gerichtliche Erlaubnis Zäune herausreißen und Hütten zerstören. Viele sprachen von den Folgen gigantischer Projekte der Regierung (z. B. die Kernkraftwerke, die durch einen Kontrakt mit der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind) oder der Industrien, die die Landbewohner vertreiben, die Umwelt verschmutzen und so immer mehr das Leben des Volkes erschweren. Konkret: Die Landbewohner müssen das Abbrennen ihrer Häuser, Gefängnisaufenthalte, Prügel, die Mißachtung der Menschenrechte und unzählige andere Unterdrückungsmechanismen erdulden.

Ein anderes umfangreiches Kapitel, das auf diesem Treffen angeschnitten wurde, ist das Wohnproblem (favelas) an den Peripherien der Städte, wo Wasser, Licht und Kanalisation fehlen. Räumungsbefehle sind an der Tagesordnung, die Arbeiter werden mit einem Hungerlohn abgespeist, Massenarbeitslosigkeit und schlechte Arbeitsbedingungen in den Fabriken, häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes und Arbeitsunfälle vergrößern das Elend. Ergänzend ist zu sagen, daß der gesamte Gewerkschaftsapparat in den Händen der Regierung liegt, die die Führungskräfte von oben her einsetzt.

Diese Situation wird dann mit dem Wort Gottes verglichen, und man berät über Projekte, um in einer konkreten und gemeinschaftlichen Aktion die soziale Situation zu ändern. Diese Aktionen zielen auf eine Lösung der örtlichen und konjunkturellen Schwierigkeiten, sollen aber hauptsächlich die Veränderung der sozialen Strukturen herbeiführen. So wurde die Artikulierung des christlichen Glaubens im Hinblick auf das Leben zu einem wesentlichen Bestandteil der kirchlichen Basisgemeinden. Die Folge war ein Kompromiß zwischen dem

kämpferischen Einsatz der Volksbewegungen und dem Evangelium. Auf diese Weise sind die Gemeinden fast ein Teil der Volksbewegungen und der noch meist kämpferischen Mobilisierung. Sie legen jedoch Wert auf ihre Besonderheit und verstehen sich als Ort der Reflexion im Licht des Glaubens, des Gebets, der liturgischen Feier, des Lebens und des Kampfes des Volkes in den Sakramenten und besonders in der Eucharistiefeier. So kommt es zu einem ständigen Austausch zwischen den Gemeinden und den Volksbewegungen, die oft aus jenen entstanden sind.

Bischöfe, Priester, Ordensschwestern, Landpastoral, Pastoral der Arbeiter, Zentralen zur Verteidigung der Menschenrechte und andere kirchliche Organisationen, die der unteren Volksschicht dienen wollen, arbeiten mit ihnen zusammen. Deshalb sagen sie, daß die Kirche heute immer mehr Kirche des Volkes ist, daß sie sich mehr um das Volk sorgt als um die Institutionen in Pfarreien und Diözesen.

Die Basisgemeinden werden angeklagt, eine Politik zu betreiben, die ihnen nicht zustünde. Dabei haben sie bewußt eine kirchliche Orientierung: alles zu tun, was sich auf das Allgemeinwohl, die soziale Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die Freiheit, die Teilnahme aller am Schicksal der Nation usw. bezieht. Sie betrachten all dies als ihren Aufgabenbereich, sowie die Organisation der unteren Volksschichten und deren Bewußtseinsbildung (politische Erziehung). Für sie ist dies Politik im weiteren Sinn; direkte Parteipolitik betreiben sie nicht. Sie schreiben ihren Mitgliedern keine bestimmte Partei vor und verwandeln sich in keine Parteizentrale.

Die Kirche in Brasilien ist sich bewußt, daß die Armut des Volkes strukturell ist, daß diese Strukturen sowohl national wie international sind. Eine neue internationale Wirtschaftsordnung, die verhindert, daß die entwickelten Länder die wehrlosen Entwicklungsländer ausbeuten, ist notwendig. Papst Johannes Paul II. sagte in der Eröffnungsrede der Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla (1979), daß es notwendig sei, sich klarzuwerden über die Mechanismen, die nicht von echter Menschlichkeit, sondern von Materialismus durchdrungen sind, und zu sehen, daß weltweit immer mehr Reiche immer reicher werden auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden.

Die Kirche in Brasilien, die sich auf die Seite der Armen stellt, verurteilt nicht nur die nationale Konzentration des Vermögens in den Händen von wenigen Reichen, sondern auch die internationale Konzentration des Reichtums auf Kosten der Völker der Dritten Welt. Diese Ungerechtigkeiten hören nicht auf, zum Himmel zu schreien.